

Sattler-Tapezierer- und Portefeuillier-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuillier-Verbandes

Erheint wöchentl. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Zeitspalt 1 Mt. Aufnahme nur bei vorherig. Gebührenerhebung auf Postchek. Alfred Kiedel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsf. Freitag

Verbandstag 1932 in Stuttgart

Der Hauptvorstand beschloß gemäß den Bestimmungen des Verbandsstatuts § 15 Absatz 3 den ordentlichen Verbandstag für

Montag, den 8. August 1932

nach Stuttgart einzuberufen. Alle diesbezüglichen Bekanntmachungen werden fristgemäß im Verbandsorgan veröffentlicht.

Berlin, den 24. März 1932

Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillier-Verband

Der Hauptvorstand. I. A.: F. Gerhardt

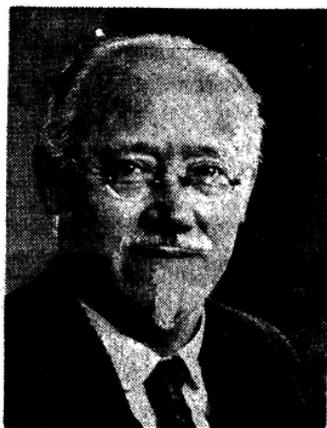
Paul Umbreit gestorben.

Am 21. März ist Genosse Paul Umbreit, Vorstandsmitglied des ADGB, und Schriftleiter der „Gewerkschafts-Zeitung“, im Alter von 63 Jahren einem Herzschlag erlegen. Ein arbeitsreiches Leben ist mit ihm zu Ende gegangen. Vierundehalbdes Jahrzehnt hat Paul Umbreit als freier Schriftsteller, später als Redakteur des „Korrespondenzblattes der Gewerkschaften Deutschlands“ und der „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB, Unendliches für die Gewerkschaftsbewegung geleistet.

Geboren am 30. Juni 1868 in Leipzig, erlernte er das Drechslergewerbe. Früh wandte er sich der Arbeiterbewegung zu. Im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts war Paul Umbreit hervorragend tätig für zahlreiche Gewerkschafts- und Parteiblätter, bis am 18. März 1900 seine Berufung in die Generalkommission erfolgte. Umbreit hat das ihm damit erwiesene Vertrauen jederzeit gerechtfertigt. Sein Wort fand stets Gehör, und die große Zahl seiner Schriften, die wiederholt aus der Zusammenfassung allgemein anerkannter Artikelreihen im Korrespondenzblatt entstanden, erlebten stets weiteste Verbreitung.

Im Jahre 1920 trat Paul Umbreit in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ein; seitdem betraute er dort als einer der führenden sozialpolitischen Fachleute der Gewerkschaften auf seinem Posten als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses den Fortschritt der deutschen Sozialpolitik. Vielen älteren Gewerkschaftsfunktionären ist Genosse Umbreit persönlich aus seiner Tätigkeit als Lehrer in den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen bekannt.

Die Arbeiterbewegung verliert in Paul Umbreit einen ihrer besten Kämpfer. Unermüdet hat er der freien Gewerkschaftsbewegung ge-



dient, und was diese heute an Kraft und Einfluß darstellt, ist zum erheblichen Teil seiner rastlosen Tätigkeit zu verdanken.

Deswegen beklagen wir voll ehrlicher Trauer den viel zu frühen Tod des Genossen Paul Umbreit und geloben in seinem Sinne weiterzuwirken und weiterzuarbeiten.

5. Ausschusssitzung des ADGB.

Am 22. März 1932 trat der Ausschuss des ADGB im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 5. Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipart in ehrenvollen Worten Paul Umbreits, der am 21. März mitten aus einer reichen Tätigkeit heraus uns enttriffen worden ist.

Leipart leitete seinen Bericht mit einer Darlegung der Gründe ein, die den Bundesvorstand zu einer Verlegung des Termins für den außerordentlichen Gewerkschaftskongress veranlaßt haben. Der Kongress wird in der Woche nach dem 10. April stattfinden. Der Bundesauschuss stimmte der Verschiebung des Kongresses zu.

Die gewerkschaftliche Betreuung der Arbeitslosen wird nach auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Der Bundesvor-

stand hat sich in seinen letzten Sitzungen besonders eingehend mit ihren Organisationsmöglichkeiten beschäftigt. Von Seiten eines Verbandes war angeregt worden, eine besondere Organisation der Arbeitslosen in Anschluß an die Ortsausschüsse aufzustellen. Nach Auffassung des Bundesvorstandes kommt eine besondere Organisation der Arbeitslosen nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Betragebedingungen für ihre arbeitslos werdenden Mitglieder so zu erleichtern, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrechterhalten können. Zur geistigen und materiellen Betreuung der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsausschüsse bereits Außerordentliches. Gewerkschaftliche Arbeitslosenausschüsse werden für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Vorpflege für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Ortsaus-

schüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade die letztere Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit der Not gestellt sind. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten stark propagiert wird. Die arbeitsmarktpolitischen und arbeitsrechtlichen Bedenken, die gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestehen, sind im Märzheft der „Arbeit“ von Dr. Bruno Broderer behandelt worden. Es kommt darauf an, nur solche Arbeiten auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen zu lassen, die eindeutig zusätzliche Arbeiten sind und weder arbeitsmarktpolitisch noch arbeitsrechtlich eine Gefahr für die Arbeiter bedeuten.

In der Aussprache wurde von den Verbandsvertretern betont, daß alle Gewerkschaften sich nachdrücklich bemühen, die arbeitslos gewordenen Mitglieder durch Erleichterung der Beitragszahlung den Organisationen zu erhalten. Eine besondere Organisation der Arbeitslosen zu schaffen, wurde entschieden abgelehnt. Die Betreuung der Arbeitslosen muß in erster Linie eine Aufgabe der Verbände bleiben. Der Bundesauschuss war der Meinung, daß die Kommission für Verwaltungsreform eine einheitliche Stellungnahme vorbereiten soll.

In der Debatte wurde auch von einer Reihe von Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß bei Arbeitsanfall sehr häufig eine namentliche Anforderung von Arbeitskräften üblich ist. Gegen diese vom Gesetz zu gelassene Praxis wurden Bedenken geltend gemacht, weil dadurch vielfach langfristig Arbeitslosen erschwert wird, wieder in Arbeit zu kommen. Demgegenüber wurde von Seiten des Bundesvorstandes hervorgehoben, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Wege des Tarifvertrages möglich ist, durch besondere Bestimmungen über die Benutzung der Arbeitsnachweise eine Aenderung zu erreichen.

Heraus aus der Krise.

(ADGB.) In der öffentlichen Ausschusssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, erstattete Th. Leipart, Vizevorsitzender des IGB, am 16. März 1932 einen Bericht über die Weltwirtschaftslage.

An die Spitze seiner Ausführungen stellte Leipart die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, die einen ruhigen Ablauf der Wirtschaft immer wieder verhindern. China, Indien, das Krimland, die Gegenläufe in der Abrüstungsfrage, das ungeklärte Reparationsproblem sind außenpolitische Konfliktstoffe. Die Zunahme des faschistischen und nationalistischen Radikalismus in Verbindung mit einer sozialen Reaktion größten Ausmaßes charakterisiert die innerpolitische Lage. Derartige Zustände lassen keine Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung aufkommen. Das mangelnde Vertrauen in der Politik bedeutet für die Wirtschaft: Mangelnde Kreditbereitschaft! Von 1925 bis 1928 hatten die kapitalträchtigeren Staaten die kapitalbedürftigeren einigermassen mit Krediten versorgt. Seitdem verstärkte sich nicht nur dieser Kreditstrom, sondern gleichzeitig verstärkte sich der Gegenstrom, der hohe Zinsleistungen und Amortisationen aus den armen in die reichen Länder entführte. Dort häufte sich das Gold an — ein warnendes Zeichen für die gefährlichen Verzögerungen, die sich im Kreditgefüge der Welt vollzogen. Die panikartige Kündigung der kurzfristigen Kredite im Sommer 1931 verstärkte die für die Kreditgebäude gefährlichen Spannungen.

Durch die politischen Ursachen der Wirtschaftskrise sind freilich die wirtschaftlichen Gründe des Zusammenbruchs nicht entschuldigt. Der

wahllosen Ausweitung der Produktion in der Welt stand keine entsprechende Nachfrage gegenüber. Durch Zurückhaltung der Warenorräte, durch Vereinbarungen über Drosselung der Erzeugung konnte der Zusammenbruch nur hinausgezögert werden, um dann aber um so wichtiger einzusetzen. Die Selbstheilungsträfte, die jede Wirtschaftsteile bis jetzt in sich getragen hat, vertragen

Wir stehen nun vor der Frage: Muß die Menschheit latentlos zueilen, wie sich die Produktion von Monat zu Monat verringert, wie der Handel ein-schrumpft, wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen? Ist es wirklich unabänderliches Gesetz, daß die Wirtschaft den Menschen beherrscht — oder kann der Mensch vermöge seines Willens und seiner Kraft die Wirtschaft lenken? Die Gewerkschaften haben die Pflicht, die Wege aufzuzeigen, die aus dem Dunkel der Krise führen! Denn die Arbeiterschaft leidet am meisten unter den Krisen. Die Gewerkschaften haben aber nicht nur das Recht, Vorschläge zu machen, sondern ein Unrecht darauf, daß ihre Vorschläge gehört werden. Sie waren am Aufbau und am Ausbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht beteiligt, sie sind bis zum heutigen Tage von der Wirtschaftsführung so gut wie ausgeschlossen gewesen — die Gewerkschaften sind also für den Zusammenbruch der Wirtschaft nicht verantwortlich!

Leipziger kennzeichnete dann die dringlichsten Aufgaben zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise:

1. Die Länder, die den Goldstandard aufgegeben haben, müssen unverzüglich eine Stabilisierung der Währungen vornehmen. Die Länder, deren Währungen bedroht sind, müssen mit aller Kraft für die Erhaltung ihrer Währung eintreten. Die kapitalistischen Länder, die nicht vom Währungsverfall bedroht sind, haben die Pflicht, ihren schwächeren Nachbarn zu helfen. Es hat keinen Zweck, auf dem Gebiete der internationalen Handelspolitik weitere Vorschläge zu machen, ehe nicht diese entscheidenden Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Weltverkehrs geschaffen sind.

2. Man muß die Arbeitslosigkeit sozusagen künstlich zum Verschwinden bringen, indem man die vorhandene Arbeit auf mehr Hände verteilt. Die gewerkschaftliche Forderung auf gesetzliche Einschränkung der 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche ist leider von den meisten Regierungen nicht aufgenommen worden. Die Unternehmer wollen nicht anerkennen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur eine Forderung der Gegenwart, sondern auch eine notwendige Maßnahme für die Zukunft darstellt. Denn auch in besseren Zeiten werden längst nicht alle Arbeiter, die jetzt erwerbslos sind, bei mehr als 40stündiger Arbeitszeit wieder in Arbeit gebracht werden können.

3. Die Arbeitslosigkeit muß darüber hinaus auf natürliche Wege zum Verschwinden gebracht werden. Infolge des Verlangens der privaten Wirtschaft ist der einzig gangbare Weg hierzu ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von der öffentlichen Hand ausgeht. Deshalb begrüßen wir den Plan einer internationalen Arbeitsbeschaffung, der vom Internationalen Arbeitsamt mit aufgestellt worden ist, und bedauern es, daß die Bedenken gegen die Durchführbarkeit dieses Planes drohen diese fruchtbare Idee zum Scheitern zu bringen.

4. Die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms erfordert besondere Anstrengungen. Eine gewisse Vorarbeit hat bereits der Goldaustausch des Völkerbundes geteilt. Genosse Jouhaux schlägt vor, daß die Notenbanken der europäischen Länder mit Goldüberschuß einen Teil ihrer Goldreserven für eine Arbeitsbeschaffungsanstalt zur Verfügung stellen. Ein weitergehender Plan, der die aktive Mitwirkung auch der kapitalistischen Länder ohne Goldüberschuß vorsieht, ist von einem Sachverständigenaustausch des V.B. Ende vorigen Jahres ausgearbeitet worden. Wenn auch über diesen Plan das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, so sollten doch die Gewerkschaften aller Länder umschlingend ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fordern und ihre Regierungen veranlassen, die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamts tatkräftig zu unterstützen.

5. Es ist bezeichnend, daß die Krisen-tendenzen, die in letzter Zeit von einigen unierer Landesregierungen einberufen worden sind, sich mit verstärkter Energie für einen Umbau der Wirtschaft ausgesprochen haben. In der Tat ist das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht imstande, den Weg aus der Krise zu zeigen. Sein Automatismus hat verlagert, seine Selbstheilungsträfte sind unwirksam geworden. Nur eine planmäßige Bewirtschaftung der Produktivkräfte durch die Allgemeinheit kann die Krise überwinden. Die Förderung und Ausweitung der öffentlichen Wirtschaft ist daher eine dringliche Aufgabe der Gewerkschaften.

Leipziger erinnerte an die ausgezeichneten Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und an die wirt-

schaflich kluge Einsicht, die aus manchen Stellen des Dames-Planes und des Beneduce-Berichts hervor-leuchtet. Aber die wirtschaftliche Erkenntnis wurde durch politische Zielsetzungen vernebelt. Wir müssen den Politikern zurufen: Verliert nicht die Grundlagen des Wohlstandes eurer Väter, indem ihr veracht, ihnen auf dem Wege politischer Machtenthaltung Vorteile zu er-zingen, die letzten Endes mit dem wirtschaftlichen Zu-sammenbruch bezahlt werden müssen. Bei den viel-jachen Reisen der verantwortlichen Politiker in den letzten Monaten sind viele freundliche Worte gefallen. Sie haben aber nur dazu gedient, die Entscheidungen, die doch einmal getroffen werden müssen, zu ver-zögern, obgleich die steigende Not rasches Handeln verlangt.

Wir brauchen keine Worte mehr, wir wollen endlich Taten sehen, damit die Welt wieder ein friedlicheres Antlitz erhält — damit die Menschheit endlich glücklich werde!

Deutsch-Französisches Abkommen.

Nachdem vor einigen Wochen ein Kontingent für die Einfuhr von Koffern und Reisetaschen mit Frankreich abgeschlossen wurde, ist nunmehr auch eine Verständigung über die Einfuhr sonstiger Lederwaren erfolgt. Das Kontingent umfaßt harte und weiche Täschnerwaren usw. für das französische Zollgebiet, einschließlich Mäntel, Korsetts und das Goraebiet, soweit diese Waren in den Positionen 491, 491 bis, 491ter und 492 des französischen Zolltarifs enthalten sind — jedoch ausschließlich der Koffer und Reisetaschen aus Position 492, welche bereits durch das in Frankfurt a. M. am 25. Fe-bruar abgeschlossene Abkommen erfasst sind.

Das Jahreskontingent der obengenannten Waren wird wie folgt festgelegt:

- 1. Für weiche Täschnerwaren aus Positionen 491 und 492 (ausschließlich Koffer und Reisetaschen) in einer Höchstmenge von 61 000 Kilogramm netto.
 - 2. Für die harten Täschnerwaren aus Positionen 491, 491 bis, 491ter und aus 492 (Photoculus usw.) in einer Höchstmenge von 10 000 Kilogramm netto.
- Die Durchführung des Abkommens wurde vom Verband Deutscher Lederwarenindustrieller in Offen-bach übernommen.

Schwarzarbeit.

In der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“ vom 1. März 1932 nimmt ein Herr Köhrßen Stellung zur „Schwarzarbeit im Handwerk“. Nach der Auffassung des Artikelschreibers sind nämlich nicht mehr die Warenhändler und Abgablungsgeschäfte der Krebschaden des Handwerks, sondern die Schwarzarbeit. Herr Köhrßen errechnet, daß der Wert der Schwarzarbeit in Deutschland jährlich auf 800 bis 800 Millionen Mark zu veranschlagen sei. Leider fehlen nähere Angaben darüber, wie Herr Köhrßen zu dieser Zahl gekommen ist. Selbst für den Fall, daß diese Angaben stimmen würden, müßte dieser Betrag der Wirtschaft wieder zugute kommen, denn das Geld, das der Arbeiter verdient, wird sofort wieder umgelegt, ganz zu schweigen von den Arbeits-lofen, die seit Monaten und Jahren die Arbeitsnach-weise bedürfen und wenig Aussicht haben, jemals wieder in den Produktionsprozeß eingereiht zu werden.

Ist Herr Köhrßen schon jemals arbeitslos gewesen und kann er beurteilen, ob es möglich ist, mit der Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunter-stützung auszukommen? Kann er erweisen, was es heißt, von Tür zu Tür zu laufen, weil man von der Unterstützung allein nicht leben kann, dabei immer der Gefahr ausgesetzt, wegen Bettelstrolch bestraft zu werden? Will er die Opfer der Arbeitslosigkeit dem Verbrechen in die Arme treiben, nur damit sie nicht, wenn sich ihnen die Gelegenheit dazu bietet, ein paar Mark durch Schwarzarbeit verdienen?

Nun, es wird wohl mit den hohen Geld- und Freiheitsstrafen, die Herr Köhrßen in seinem Artikel empfiehlt, nicht so schlimm werden. Schließlich haben ja nicht nur die ein Recht auf Arbeit, die sich im Ge-liff eines Gewerkschafts befinden. Sollten aber alle selbständig werden, so würde die Schmugkontingenz noch mehr blühen, als dies jetzt schon der Fall ist.

Herr Köhrßen glaubt, daß beim Wegfall der Schwarzarbeit 120 000 bis 160 000 Handwerkerstellen in Deutschland in Beschäftigung kommen. Da es sich bei der Schwarzarbeit nach seiner eigenen Angabe nur um kleine und kleinste Aufträge handelt, würden diese dann vorwiegend den Kleinmeistern zufallen, die jetzt schon ihre Existenz nur mit Beihilfen fristen. Diese Kleinmeister würden länger arbeiten und sich von ihren Kollegen ausheilen lassen, und es

dürfte, selbst bei restloser Beseitigung jeder Schwarzarbeit, auch nicht ein Geselle neu eingestellt werden.

Nun empfiehlt Herr Köhrßen noch die Anzeige bei den Finanzämtern wegen Steuerhinterziehung. Im Jahre 1930 war die Summe der zurückgebliebenen zuviel bezahlten Lohnsteuer niedriger als der Betrag an hinterzogenen Steuern, die von den einzelnen Finanzämtern durch Stichproben bei den Unter-nehmern herausgeholt wurden. Wenn die Unter-nnehmer ihre Einkommen so auf den Pfennig ver-steuern müßten, wie das bei den Lohn- und Gehalts-empfangern der Fall ist, würden die Finanzen des Staates bedeutend besser dastehen.

Die Gewerkschaften verurteilen nach wie vor die Schwarzarbeit, aber solange das Massenelend in seiner jetzigen Form anhält, wird man mit so klein-lischen Mitteln, wie sie Herr Köhrßen vorschlägt, nicht viel erreichen. Erfolgreich läßt sich die Schwarzarbeit nur bekämpfen durch großzügige Arbeitsbeschaffung und auskömmliche Löhne.

Mensch und Arbeitsgerät.

Am 21. März veranstaltete die Deutsche Gesell-schaft für Gewerbehygiene in Berlin eine Konferenz mit dem Thema: „Mensch und Arbeitsgerät“. Das einleitende Referat über die grundlegenden physio-logischen hygienischen und pathologischen Gesichts-punkte hielt der bayerische Landesgewerbeamt Prof. Dr. Koellich, München. Redner ging davon aus, daß das „Kraftwerk Mensch“ nicht in allen Teilen dem Arbeitsprozeß dienstbar zu machen ist. Durch Verwendung zweckmäßiger Werkzeuge und Arbeitsmethoden und durch gute Beschaffung des Arbeitsplatzes sei es möglich, bessere Arbeitsbedin-gungen zu schaffen und damit die Wirtschaftlichkeit der menschlichen Leistungen zu steigern. Anschließend an das Hauptreferat behandelte Dr.-Ing. Edgar Holz-hannover die Arbeiten des deutschen Handwerks-instituts für Arbeiterentwicklung und Verbesserung von Arbeitsgeräten aus arbeitswissenschaftlichen und betrieblichen Gesichtspunkt aus. Redner bedauert, daß die zahlreichen Einzeluntersuchungen über das Problem Mensch und Arbeitsgerät vielfach die not-wendige Gesamtheit vermissen lassen. In seinem Referat über die Landwirtschaft gab Prof. Dr. Der-schke, Direktor der Untersuchungsanstalt für Land-wirtschaftliche Arbeitswissenschaften in Bonn, eine Uebersicht arbeitslehre in Bonn, eine Uebersicht über die Arbeitsmethoden, die heute noch auf dem Lande angewendet werden. Die Verdrängung aller land-wirtschaftlichen Arbeitsvorrichtungen wird von Mensch und Hand mit Hilfe einfacher Geräte ausgeführt. Notwendig ist zweckmäßige Gestaltung der Geräte und Verwendung einfacher Hilfsmittel. Ueber die Fortschrittlichkeit sprach Prof. Dr. Hill, Leiter des Instituts für fortschrittliche Arbeitswissenschaft von der forstlichen Hochschule Eberswalde.

Herr Prof. Dr. Derkshle forderte für die Land-wirtschaft: Die Verbesserung und Erleichterung der Sonderarbeit muß sich im einzelnen auf folgende Punkte erstrecken: „Beschleunigung der Arbeit und damit Verkürzung der Arbeitszeit, ohne Verringerung der Qualität, Schonung der Menschenkraft durch günstige Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Allge-meine Arbeitshygiene und Unfallverhütung.“

Solange die Unternehmer trotz weitgehender Mechanisierung der Produktion an einer viel zu langen Arbeitszeit festhalten, bringt jeder Fortschritt im Arbeitsprozeß den Arbeitern neue Schwie-rigkeiten in Form von Entlohnungen und Lohnrück-sen. Soll das Arbeitsgerät der Menschheit dienstbar ge-macht werden, so müssen gesetzliche Bestimmungen die Arbeitszeit so einschränken, daß die vorhandene Arbeit auf alle Menschenhände gleichmäßig verteilt wird.

Sprachkurse.

Anfang April beannnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch). Für Teilnehmer mit Vor-kenntnissen werden besondere Mittel- und Oberstufe eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Uebungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzlehre; Fremdwortkunde, „mir“ oder „ich“, grammatikale Schwierigkeiten, Sachlehre, Anfertigung von Auf-sätzen usw. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mk. erhoben. Erwerbstote zahlen die Hälfte. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin E 54, Rosenhaller Straße 14 (nahe S-Bahn Börse und U-Bahn Weimertor-straße). Des Schulbüro ist werktäglich außer Sonn- abends von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Die Bevölkerungsbewegung im Bann der Wirtschaftskrise.

Die neuen Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts über die Bevölkerungsbewegung im Krisenjahr 1931 zeigen erneut die engen Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsbewegung und Wirtschaftsentwicklung. In einer Zeit, die durch steigende Arbeitslosigkeit und sich verschlechternde Lebensbedingungen gekennzeichnet ist, sind Rückgänge der Eheschließung und der Geburtenziffern unausbleibliche Folgewirkungen. Der tiefe Sturz der Geburten, der sich bereits in den letzten Jahren zeigte, ist 1931 in verstärktem Maße fortgesetzt worden. Im Vergleich zu den durchschnittlichen Eheschließungen 1928 bis 1929 wurden in den beiden ersten Vierteljahren 1931 je 10,9 und im dritten Vierteljahr 1931 sogar 14,2 Proz. Ehen weniger geschlossen. Geht man von der Zahl aus, die auf Grund der Größe und Altersgliederung der heiratsfähigen Männer zu erwarten gewesen wäre, so ist der Ausfall an Eheschließungen noch bedeutender, nämlich 17,3 Proz. für das dritte Vierteljahr 1931. Insgesamt heirateten in den drei ersten Vierteljahren 1931 nur 366 188 Paare gegenüber 406 019 im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 416 156 im Durchschnitt der ersten drei Vierteljahre 1928—1929. In den deutschen Großstädten sanken die Geburtenziffern im Jahre 1931 auf 11,6 Geburten je 1000 Einwohner. Im Jahre 1929 waren nur 13,3 und im Jahre 1930 noch 13,0 Geburten zu verzeichnen gewesen. Auch die Zahl der Eheschließungen ist hier seit 1929 dauernd zurückgegangen. 1929 entfielen in den deutschen Großstädten auf 1000 Einwohner noch 10,3 Eheschließungen, 1930 noch 9,8 und 1931 auf 8,7 zu sinken. Bei einer Sterbeziffer von 10,3 auf 1000 Einwohner ist demnach der Bevölkerungszuwachs auf 1,3 gegenüber 2,3 im Vorjahr zusammengekrumpft. Auch die Zahl der Selbstmorde, bei denen ebenfalls seit jeher eine deutliche Abhängigkeit von der jeweiligen Wirtschaftslage beobachtet werden kann, ist stark angestiegen. Nachdem das Krisenjahr 1926 einen Höchststand mit 30,8 Selbstmorden auf 100 000 Einwohner gebracht hatte, ist nach einem zeitweiligen Rückgang in den Jahren 1927/28 seit 1930 in der gegenwärtigen Krise diese Zahl weit übertraffen. 1930 wurden in den deutschen Großstädten 32,4 und 1931 sogar 33,2 Selbstmorde auf 100 000 Einwohner gezählt. Da vorläufig die Geburtenziffern die sinkende Tendenz beibehalten dürften, während die Sterblichkeitsziffern infolge der zunehmenden Not eine ansteigende Linie aufweisen, wird wahrscheinlich schon gegenwärtig der geringfügige Geburtenüberschuss des vergangenen Jahres sich in einen Bevölkerungsverlust verwandelt haben.

Rundfunkhörer ziehen um!

Der große Umzugstermin rückt heran. Am 1. April werden auch eine Unmenge Rundfunkteilnehmer ihre Wohnung wechseln und in dem allgemeinen Umzugs-trübel vielleicht ganz vergessen, daß mancherlei zu erledigen ist, um in der neuen Wohnung gleich wieder Rundfunk hören zu können.

Wie steht es zunächst in rechtlicher Beziehung? Hier sind zwei Punkte zu beachten: einmal die Antennenanlage, ein anderes Mal das Betreiben des Lautsprechers.

Eine Zimmerantenne darf sich jeder Mieter anlegen, ohne hierzu die Erlaubnis des Hauswirts einzuholen. Bei Außenantennen muß dagegen der Mieter die Genehmigung des Vermieters vor Anlegung der Außenantenne einholen. Weigert sich der Hauswirt, diese Genehmigung zu erteilen, ohne hierfür stichhaltige Gründe zu haben, so ist der gegenteilige Rechtsweg zu beschreiten. Am allgemeinen geht die Rechtsprechung dahin, daß der Hauswirt seinen Mietern Außenantennen gestatten muß, zumal ordnungsgemäß errichtete Antennen keine Blüßgefahr bedeuten. Im übrigen sind alle Rundfunkteilnehmer durch die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft ausreichend gegen Haftpflichtschäden, die durch Antennenanlagen entstehen könnten, versichert.

Anders liegt der Fall, wenn der neue Mietvertrag eine Bestimmung enthält, wonach Außenantennen nur mit schriftlicher Genehmigung des Vermieters unter Beachtung besonderer Vereinbarungen angebracht werden dürfen. Hier muß sich der Mieter vor Vertragsabschluss das Recht auf eine Außenantenne sichern, andernfalls begibt er sich für die Dauer des Mietvertrages in ein besonderes Vertragsverhältnis, das die Anlegung einer Außenantenne von den Bedingungen des Hauswirts abhängig, gegebenenfalls sogar unmöglich macht.

Beim Betrieb seines Lautsprechers hat jeder die von der Hausordnung für Passieren usw. vorgeschriebenen Zeiten einzuhalten und im allgemeinen darauf zu achten, daß er seinen Lautsprecher in einer Weise betreibt, die in den Nachbarmwohnungen nicht als lärmend empfunden werden kann.

Für die Rundfunkanlage selbst sind noch eine ganze Reihe Maßnahmen zu beachten.

Um beim Umzug eine Beschädigung des Gerätes zu vermeiden, besorge man nachstehende Ratsschläge:

1. Rundfunkapparate soll man nicht mit eingelepten Röhren transportieren. Nachdem man sich die Anordnung der Röhren im Apparat genau aufgezeichnet hat, empfiehlt es sich, die Röhren herauszunehmen und einzeln gut zu verpacken.

2. Auch das Gerät selbst muß sorgfältig verpackt werden, da verschiedene Teile — Frontplatte, Drehknöpfe — leicht beschädigt werden können.

3. Besitzer von Nebenschlußgeräten müssen in der neuen Wohnung feststellen, welche Stromart und Spannung dort vorhanden ist. Dies läßt sich leicht am Zähler nachsehen. Die ermittelten Angaben muß man dann mit dem Typenschild des Rundfunkgerätes vergleichen, um zu sehen, ob das Gerät für die vorhandene Stromart und Spannung verwendbar ist. Ein wichtiger Punkt ist noch die Anbringung von Antennen- und Erdleitungen.

1. Man vermeide übermäßig lange Leitungen.

2. Man verlege die Leitungen möglichst auf Isolator.

3. Man achte darauf, daß die Leitungen in möglichst großem Abstand von Startstrom- und Klingelanlagen verlaufen, um Störbeeinflussungen auf ein Minimum zu beschränken.

4. In Zweifelsfällen und bei Anlage von Außenantennen merke man sich an Fachleute.

Bei Inbetriebnahme des Rundfunkgerätes in der neuen Wohnung achte man darauf, daß

1. die Röhren wieder richtig eingelekt werden und

2. der Lautsprecheranschluß richtig gewählt wird. Diejenige Lautsprecherart, die durch einen eingewebten farbigen Faden besonders gekennzeichnet ist, gehört in die Lautsprecherbuchse mit der Bezeichnung + oder roter Kennzeichnung.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß auf Grund der Rundfunkteilnehmerbedingungen Wohnungsänderungen der Zustellpostanstalt unverzüglich mitzuteilen sind.

Die Stellung Deutschlands in der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

(Nach einem Vortrag des Kollegen Sassenbach, gehalten vor der Kollegenschaft in Frankfurt a. M.)

Wir hatten am 7. März die günstige Gelegenheit, ein Referat von dem Kollegen Sassenbach (Generalsekretär des IOB, bis 1930) über das Thema: „Deutschland in der internationalen Gewerkschaftsbewegung“ zu hören. Die Ausführungen dieses verdienten Mannes, der kein Leben dem Aufstieg der Arbeiterschaft und insbesondere der hohen Idee der internationalen Brüderlichkeit gewidmet hat, waren sehr lehrreich und interessant, und ich kann nicht umhin, einen kleinen Auszug hier folgen zu lassen.

„Es ist zweckmäßig, bevor auf das eigentliche Thema eingegangen wird, einen kurzen Vorüberblick über den heutigen Stand der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern Raum zu lassen.“

In Europa existiert heute nur noch ein Land, in dem keine gewerkschaftliche Zentrale besteht, nämlich Portugal. Außer Portugal stehen noch zwei Länder in Europa, die im Besitze von Landeszentralen sind, außerhalb des internationalen Zusammenschlusses; es handelt sich um Norwegen, wo die Gewerkschaften einen starken kommunistischen Einschlag haben, und um das katholische Irland. Sehen wir von diesen drei Ausnahmen ab, so können wir sagen, daß Europa in allen Ländern mehr oder weniger gewerkschaftlich beeinflusst ist. In Amerika sind als gewerkschaftlich getriebene Länder die Vereinigten Staaten, Kuba und Kanada zu erwähnen. Die Vereinigten Staaten waren bis 1919 dem IOB (Internationaler Gewerkschaftsbund) angeschlossen. Wie bisher unternommenen Versuche, den Wiederanschluß der Vereinigten Staaten herbeizuführen, sind gescheitert. Kanada ist ein treues Mitglied des IOB. Die afrikanischen Gewerkschaften sind kaum von Bedeutung. Man kann von Gewerkschaften eigentlich nur im Süden Afrikas sprechen. Die ägyptische Gewerkschaft geht einen beschwerlichen Weg, und es sind dort kaum Fortschritte zu verzeichnen. Palästina weist eine verhältnismäßig gut durchgebaute selbstige Organisation auf. In Japan, China und Indien spielen die Gewerkschaften, soweit sie vorhanden sind, eine untergeordnete Rolle. Die Stellung der Gewerkschaftsbewegung in Australien, einer ehemals sehr gesunden und bedeutenden Bewegung, wird, hauptsächlich in der letzten Zeit, durch mancherlei Gegenströmungen erschüttert.

Nachdem wir nun die Situation, in der sich die Gewerkschaften der wichtigsten Länder heute befinden, wenn auch nur ganz oberflächlich, kennengelernt haben, wollen wir uns der Entstehung und Entwicklung internationaler, gewerkschaftlicher Beziehungen zuwenden.

Die englische Gewerkschaftsbewegung ist die älteste Gewerkschaftsbewegung von Europa. Ihre ersten

Anfänge liegen bereits über 100 Jahre zurück, jedoch waren die englischen Gewerkschaften sehr zerplittert. Es gab bis vor ungefähr zehn Jahren 1800 selbständige Organisationen in England. Inzwischen ist die Zahl erfreulicherweise auf 1200 gesunken, die nur teilweise der Landeszentrale angeschlossen waren und sind. England war das Land, das den ersten praktischen Anstoß zu einer internationalen Zusammenarbeit gab. Dies geschah im Jahre 1888 auf dem nach London einberufenen Kongress. Dieser Versuch mußte naturgemäß scheitern, weil die deutschen, österreichischen und russischen Gewerkschaften zu diesem Kongress nicht eingeladen worden sind und weil die Bedingungen für einen Zusammenschluß, der über die Grenzen hinausreicht, das Zusammenarbeiten und der einheitliche Aufbau der Organisationen innerhalb der Grenzen ist; mit anderen Worten: feste, disziplinierte, nationale Gewerkschaftsgefüge müssen das Fundament zum Bau einer internationalen Verbindung bilden. Diese Voraussetzung fehlte England, wie wir bereits gesehen haben.

Frankreich stand dem Gefühl der übrigen Länder zu fern, so daß auch der Versuch, der im Jahre 1900 von französischer Seite unternommen wurde, im Sande verfiel.

Das Geburtsjahr der erfolgreichen internationalen Zusammenarbeit ist das Jahr 1901. In diesem Jahre fand die Konferenz in Kopenhagen statt. Deutsche, Österreicher und Dänen reisten viel, und darum konnte man schon lange, bevor ein Zusammenschluß zustande kam, zwischen ihnen ein intimes Zusammenarbeiten konstatieren. Die Konferenz in Kopenhagen war eine Art Vorbesprechung. Carl Legien wurde beauftragt, die Vorarbeit für den zweiten Kongress, der im Jahre 1902 in Stuttgart stattfand, zu leisten. Ein neues Problem tauchte auf, nämlich das der Geldbeschaffung. Die dem IOB angeschlossenen Länder entrichteten für je 100 Mitglieder einen Beitrag von 50 Pf. Die Summe, die an Beiträgen einging, reichte natürlich bei weitem nicht zur Deckung der Unkosten aus. Wahrscheinlich wäre die neugeborene, internationale Gewerkschaftsbewegung dem Druck der finanziellen Notlage unterlegen, wenn nicht Legien, dem Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale Deutschlands, von den deutschen Gewerkschaften große Summen zur Verfügung gestellt worden wären. Man kann ohne zu übertreiben sagen, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung Deutschland ihr Leben verdankt. Später wurde der Beitrag erhöht, und es konnte mit dem Gelde, das nun einging, schon eher etwas angefangen werden.

Das Tätigkeitsgebiet der gewerkschaftlichen Internationalen war sehr eingeschränkt. Sie konnte nur vermitteln, Unterführungen durchzuführen und, wenn es verlangt wurde, Propaganda treiben. Die Landeszentralen blieben souverän.

Mit England war bis lange nach dem Kriege sehr schwer vorwärtzukommen.

Die Zusammenarbeit mit Frankreich wurde dadurch gestört, daß Frankreich sein weiteres Wirken im IOB, von der Behandlung solcher Fragen abhängig machte, welche mit den Aufgaben des IOB durchaus nichts zu tun hatten. Der Antrag der Franzosen wurde abgelehnt, was zur Folge hatte, daß sich die Franzosen zurückzogen. Erst seit dem Kongress in Paris (1909) ist ein gutes Zusammenarbeiten mit Frankreich zu verzeichnen. Im Jahre 1913 fand in Zürich die letzte Konferenz des IOB, vor dem Ausbruch des Krieges statt. Es war aller Anlaß zur Freude über die erzielten Erfolge vorhanden.

Nun kam der Krieg, der alles lahmlegte.

Nach Beendigung des Völkermordes gelang es, die Vertreter aller Länder zu einer Konferenz nach Bern zusammenzurufen, und dort wurden die Forderungen der Arbeiter gemeinsam festgelegt. Die Gewerkschaftsbewegungen haben sich nach dem Kriege geradezu kraftvoll schnell entwickelt. Kurz nach dem Kriege hatte der IOB 24 Millionen Mitglieder. Diese Zahl ist auf den heutigen Mitgliederbestand von 14 Millionen gefallen. Der Rückgang rührt nicht etwa daher, daß Länder ausgetreten sind, sondern er ist auf die Einbuße an Mitgliedern in den einzelnen Ländern zurückzuführen.

Noch einige Worte über die internationalen Berufssekretariate. Man konnte schon internationale Berufssekretariate, bevor der Zusammenschluß der Landeszentralen erfolgte. Sie erwiesen sich als nützlich, denn durch sie wurden die Arbeiter aller Nationen miteinander in Berührung gebracht. Es gab im Jahre 1911 26 internationale Berufssekretariate, wovon 24 ihren Sitz in Deutschland hatten. Durch den Weltkrieg wurde die Funktion der internationalen Berufssekretariate unterbrochen, und nach Beendigung des Krieges verlegte man eine große Anzahl der Berufssekretariate nach Holland. Heute befinden sich wieder acht dieser internationalen Berufssekretariate in Deutschland.

Wir sehen, daß die deutschen Gewerkschaften in der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine

hervorragende Rolle gespielt haben und noch spielen, worauf wir als Arbeiter besonders stolz sein können.

In diesen Wochen und Monaten stehen wir am Vorabend wichtiger, ja entscheidender Ereignisse. Die deutsche Arbeiterchaft kann wählen, ob sie ihre Politik, die sie im langjährigen Kampfe mühsam und unter großen Opfern errungen hat, auch über die Zeit der Depression hinaus retten will oder ob sie sich in den Fluten des Glücks an einen Strohhalm klammern und die Balken fortzuschwimmen lassen will.

Kollegen! Wir dürfen den Verstand nicht verlieren. Wir müssen mit allen Kräften das Reich des Fadens verhindern. Lassen wir uns nicht täuschen von einer fata Morgana, einem Trugbild, das von der Ferne gar verlockend aussieht und sich beim Näherkommen in ein Nichts auflöst.

Darum: Kampf allen Vhratendreschern!
Für Freiheit und Brüderlichkeit!
Otto Scheugenpflug.

wurde gefaßt, weil der Bezirkskonsumverein Gotha sich dagegen wandte, für die Verrechnung der Gutscheine an den Einzelhandelsverband Gotha 2 Proz. abzuführen. (Außerdem besteht noch die Verpflichtung zur Zahlung von 5 Proz. an die Wohlfahrtskasse der Stadt.)

Die Begründung des Stadtratsbeschlusses wurde in einer persönlichen Verhandlung der Vorstandsmitglieder mit dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten gegeben; diese Beamten der Stadt erklärten: „Der Konsumverein schädigt den Einzelhandel, er sei eine sozialdemokratische Einrichtung und habe marxistische Tendenzen.“

Alle vom Konsumverein wie auch vom Gothaeer Gewerkschaftsrat eingeleiteten Verhandlungen — bis hinauf zum thüringischen Innenministerium — blieben ergebnislos. Was ist die Folge? Die Empfänger von Wohlfahrtsunterstützungen, also die allerärmsten Mitglieder des Konsumvereins, werden durch den Beschluß des Stadtrats um die vierprozentige

Vollstank — Arbeiterkampf, die große Kunst-Millierte der freien Arbeiterbewegung.

Der „Arbeiterkampf“ hat uns diesmal eine besonders erfreuliche Uebersetzung bereitet. In ganz großem Format, 52 Seiten stark, davon 20 Seiten reich bebildert in Liebdruck hergestellt, erscheint er von dieser Woche an unter dem Titel „Vollstank-Arbeiterkampf“. Cito Wels, Clara Zetkin, Eduard und Curt Gaebele drücken dem neuen Heft mit ihren grundsätzlichen Beiträgen zu der Frage „Unser Kampf um die Löhne“ einen eindeutigen Stempel auf. Andere Aufsätze mit vielen Bildern behandeln die deutschen Löhne und die Verknüpfung ihrer Höhe, des Nennlohs aus den Filmen, Kinder am Zenberg, Arbeiterpartei und Hundstun, die Ereignisse auf dem städtischen Arbeitsnachlass usw. Die Vorkriegszeit-Beilage bringt die Beschreibung eines modernen, preiswerten Treibriemen-Handwägen für den Selbstbau mit Verzehransplan und eine erste Einführung in das Schmiede-Gesetz, die jeden Laien interessieren wird. Fast ein spannender und zugleich wissenschaftlich wertvoller Roman, diesmal ein medizinischer Kriminalroman, nebst einer weiteren Kurzgeschichte und einer Rätsel- und Scherzseite nicht fehlen, verleiht sich am Rande für ein Heft, das in die Familien aller Hundstun-Leser eindringen soll. Eine wertvolle Ergänzung der umfangreichen Programmbeilage bilden zahlreiche Einführungen und Kritiken, Berichte über Neuerungen in der Radio-Industrie und dergleichen. Dieser Teil der Hefte soll demnächst noch ganz besonders ausgebaut werden.

In seinem neuen Gewande ist diese einzige Kunst-Millierte der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung allen 120 bürgerlichen Kunstblättern auch äußerlich mehr als ebenbürtig geworden, so daß sie gewiß rasch viele neue Freunde finden wird. Sie kann bei jeder Postanstalt für 0,16 M. monatlich einschließlich Zustellgebühr, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Probehefte fordern man von der nächsten Buchhandlung oder vom Vollstank-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Dieser nimmt auch die Meldung von Werben entgegen.

Nus der Gewerkschaftsbewegung

Außerordentlicher Gewerkschaftskongress mit Rücksicht auf den Burgfrieden bis zum 13. April 1932 verlegt.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat den zum 23. März nach Berlin einberufenen Gewerkschaftskongress mit Rücksicht auf den inzwischen verordneten Burgfrieden auf einen späteren Termin verlegt. In Anbetracht der Bedeutung und Dringlichkeit der Tagesordnung dieses Kongresses, die als einziger Punkt die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung umfaßt, mußte der allgerühmte Wert darauf gelegt werden, daß die Verhandlungen über diese entscheidende Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik nicht durch die Zwangsvorschriften des Burgfriedens behindert oder eingeschränkt werden.

Der neue Termin des Kongresses wird noch bekanntgegeben.

Genossenschaftswesen

Weltweite Ausbreitung der privaten Vorsorge. (Vom Stand der Lebensversicherung in Deutschland.) Ein äußerst interessantes Zahlenmaterial enthält der vom Verband deutscher Lebensversicherungsgesellschaften herausgegebene Bericht über den Geschäftsverlauf 1931 der ihm angeschlossenen Gesellschaften. Danach waren 8,4 Millionen Versicherungen bei 50 Gesellschaften am Jahreschluß in Kraft, wovon 6,2 Millionen zur sogenannten kleinen Lebensversicherung mit einer Durchschnittsvericherungssumme von je 417,32 M. zu rechnen sind. In der großen Lebensversicherung, die eine durchschnittliche Versicherungssumme von 5255,67 M. je Police hatte, waren 2,2 Millionen vorhanden.

Rechnet man den Gesamtbestand der bei den achtzehn öffentlich-rechtlichen Anstalten bestehenden Versicherungen — nach vorsichtiger Schätzung sind es rund 1,5 Millionen — die bei der Volksfürsorge vorhandenen 2,2 Millionen Versicherungen und die bei sonstigen einschlägigen Unternehmungen abgeschlossenen Versicherungen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbestand von rund 13,5 Millionen Lebensversicherungen, die in Deutschland zurzeit vorhanden sind, so daß also jeder fünfte Deutsche lebensversichert ist. Auch zahlreiche nicht erfasste Sterbefälle gewähren ihren Mitgliedern Versicherungsschutz. An Prämien dürften von sämtlichen Versicherern im Jahre 1931 rund 800 Millionen Mark aufgebracht worden sein. Auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands verteilt, ergibt sich also pro Kopf eine jährliche Prämienleistung für die Lebensversicherung von etwa 12 M.

Nicht nur die Bedeutung des privaten Versicherungswesens für die dringend notwendige Kapitalbildung und demzufolge für den wirtschaftlichen Impuls läßt sich schon aus diesen wenigen Zahlenbeispielen vermuten, sondern sie zeigen auch, wie tief in den breiten Volksschichten der Versicherungsgedanke verwurzelt ist. Auch die Arbeiterchaft hat den Wert einer guten Lebensversicherung seit langem erkannt und mit der Volksfürsorge ein in jeder Hinsicht beachtetes und leistungsfähiges Eigenunternehmen geschaffen. Die 2,2 Millionen Volksspeicherungen bei der Volksfürsorge, also ein Viertel aller kleinen Lebensversicherungen Deutschlands überhaupt, legen Zeugnis von ihrer überragenden Größe und Bedeutung ab.

Die Nationalsozialisten als Feinde der Armen.

Der Stadtrat zu Gotha hat mit nationalsozialistischer Mehrheit beschlossen, daß der Bezirkskonsumverein die Warenquittscheine der Wohlfahrtsempfänger nicht mehr in Zahlung nehmen darf. Dieser Beschluß

Neu! „Sonntag-Vorwärts“ mit Wochenübersicht und Volk und Zeit, Tiefdruckbeilage

durch die Post bezogen pro Monat einm. Zustellgebühren surd 1 Pfennig, in Berlin frei Haus pro Monat 55 Pfennig. Beim Zahlungshändler kostet die Einzelnummer in Berlin 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig.

Die durch eine Wochenübersicht erweiterte Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ gibt auch denjenigen die Möglichkeit, sich über die Politik der SPD. und die sonstigen Ereignisse zu unterrichten, welchen ein volles Abonnement auf den „Vorwärts“ (M. 3,25 pro Monat) nicht möglich ist, die aber ein Interesse am Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben. — Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen, sowie der

VERLAG DES „VORWÄRTS“
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Rückvergütung betrogen und zu einem guten Teil von der genossenschaftlichen Warenversorgung ausgeschlossen. Die organisierten Verbraucher werden bestraft und zwangsweise zu Hörsigen der Krämer erniedrigt.

Bücherchau

Arthur Grippen: Die Sozialdemokratie und die Reparationen! Diez-Verlag, Berlin. Preis 15 M. Ueber seinen Gegenstand der Politik unserer Tage herrscht in breiten Kreisen des Volkes so große Unkenntnis, wie über die Reparationsverpflichtungen auf Grund des Versailler Vertrages. Ueber seinen Gegenstand ist auch von den Gegnern der Sozialdemokratie so viel zusammengelogen worden, wie über die Stellung der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale zum Reparationsproblem. Genosse Grippen hat eine höchst verknüpfte Arbeit geleistet, indem er das vielumstrittene Thema einer sach- und wahrheitsgemäßen Beleuchtung unterwarf. Seine eindringlichen Darlegungen sind geeignet, mit dem vorkerbenden Schwindel vom „Reparations-Sabotismus der Sozialdemokratie“ gründlich aufzuräumen — aber nur dann, wenn alle Parteistellen der wertvollen Broschüre zu der Verbreitung verbesen, die sie verdient.

„Mittenkranz“ aus dem Tagebuch eines Wohlfahrtsbegleitenden. Von Stadtrat Drechsler. Berlin, Verlagshaus „Courier“ G. m. b. H. 240 Seiten. Preis broschiert 2.— M., gebunden 2,50 M. Eine erhellende Schilderung des Glüds derer, die auf der Schwärzseite des Erdenbaisins leben und zugleich eine ernste Mahnung an den Staat, Hunger, schlechte Quartiere, Trunksucht, von Seuchen befallene Leiber, so fallen sie dem Staat zur Last, Arbeitsmöglichkeiten, gesunde Wohnungen, Horte für die Kinder, ärztliche Beratung für die Eltern und ein Gesetz, das es den Ärmsten ermöglicht, in allen den Fällen Feht- oder Frühgeburt einzuleiten, wo dies zur Errettung der Mutter oder zur Verhütung von Nachkommenstod mit sehr üblen Erbdengnissen notwendig erscheint.

Dr. Dr. Walter Sullig. Was jeder Arbeitnehmer von der Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung wissen sollte. Berlin SD 16. Verlagshaus „Courier“ G. m. b. H. Der Buchhandelspreis der 80 Seiten starken Schrift beträgt 1,50 M. In der vorliegenden zweiten Auflage will der Verf. seinen Wünschen und Anregungen entsprechend den Ansprüchen der Arbeit und des Massenpublikums Rechnung tragen. Um dem Buch in den weitesten Kreisen der Arbeitnehmerschaft Eingang zu verschaffen, liefert es der Verlag an die Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen für 1 M.

Kommunismus und Sozialdemokratie. Diez-Verlag, Berlin. Preis 20 M. Abernal unterwirft Karl Rausch das Problem „Kommunismus und Sozialdemokratie“ einer grundsätzlichen Untersuchung. Wicher handelt es sich hier? Die Methode der historisch-materialistischen Analyse, die den prinzipiellen Gegensatz zwischen der sozialen Demokratie und der bolschewistischen Partei-Autokratie offenbar werden läßt.

Gewerkschaften — Friedensvertrag — Reparationen. Die vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Broschüre will an Hand von Kenngängen der freien Gewerkschaften und ihrer Führer zeigen, welche Haltung die Gewerkschaften zur Frage der Reparationen und Kriegsschulden eingenommen haben. Die deutsche Arbeiterbewegung hat seit 11 Jahren die Annulierung der Reparationen und interalliierten Kriegsschulden gefordert. Im politischen Tageskampf und bei den kommenden Wahlen bildet die Broschüre eine wichtige Informationsquelle. Das Heftchen kostet 15 Pf. und ist von der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Mittelstr. 6a, zu beziehen.

Worte bei der Büchergilde Gutenberg. Das März-Heft der Büchergilde Gutenberg bringt anlässlich des hundertsten Todesjahres Goethes einen längeren Artikel, der bei aller Würdigung der historischen Persönlichkeit und der Bedeutung Goethes für ein ganzes Jahrhundert nicht die Zeitgebundenheit dieses Centers und Dichters überieht. Das vorliegende Heft kündigt die Neuausgaben des 11. Quartals und ein großes 10 Bände umfassendes Goethewerk an. Erzählungen und Abhandlungen, darunter besonders interessante Vorkämpfe von Professor Ratz Hoffing, füllen das Märzheft dieser Zeitschrift, die den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg in einer Auflage von 90 000 kostenlos zueht.

Der Staat als Unternehmer. Von Dr. Hans Staudinger, Staatssekretär im Reichsministerium für Handel und Gewerbe. Mit einer Einleitung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe Dr. W. Seydewitz. Preis 3,50 M. Vollaussgabe 1,25 M. Verlag: Gerstb. u. Sohn Verlag, Berlin W 35.

Verbandsnachrichten
(Befanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 28. März bis 3. April ist der 14. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pflichtige Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Achtung! Quartalsstatistik erledigen!

Alle Verwaltungsstellen, die die Berichtsstärke über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Ende des ersten Quartals 1932 noch nicht eingelebt haben, werden hiermit ersucht, das Verfaumte bis zum 8. April nachzuholen. Der Hauptverband.

Verjammungskalender

Zeit. Am Freitag, dem 8. April, spricht in unserer Mitgliederversammlung der Genosse Dir. Mayer (Allgemeine Ortskrankenkasse) über das Thema: „Notverordnung und Krankenversicherung“. Die äußerst wichtige Tagesordnung sollte es jedem Mitglied zur Pflicht machen, sich am 8. April im Lokal „Felsenkeller“ einzufinden. Beginn 20 Uhr. Mehr Buntlichkeit! Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Bayreuth. Kass.: Wolfgang Meister, Handstr. 8.
Schneidemühl. Vorf.: Otto Manßen, Bromberger Straße 74.

Sterbetafel

Berlin. Am 18. März starb im Alter von 69 Jahren unser Kollege, der Autofahrer Gustav Lalla.

Chemnitz. Am 13. März starb nach 28jähriger Mitgliedschaft unser Kollege Anton Jordan, Tapezierer, im Alter von 65 Jahren.

München. Am 16. März starb unser Kollege Wilhelm Kuhn, Tapezierer, im Alter von 32 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!